

Wählt nicht diese Politiker!



VON SANDRO BROTZ

Die Nachricht: Politiker aus dem linken Lager unterstützen eine Kampagne, die dazu aufruft, keine israelischen Produkte zu kaufen.

Der Kommentar: Kennen Sie auf Anhieb israelische Produkte, die es bei Migros und Coop zu kaufen gibt? Ich nicht. Das allein macht den Ansatz der Kampagne einer nicht weiter bekannten Aktionsgruppe namens BDS (Boycott, Desinvestition, Sanktionen) lächerlich. Doch damit lässt sich die Beilage in der neusten «Wochenzeitung» nicht einfach abtun. Schliesslich stehen namhafte Politiker hinter der Forderung, keine Waren aus Israel mehr bei Migros und Coop zu kaufen.

Ihr Boykott-Aufruf ist absurd, empörend und gefährlich. Herbert Winter, der Präsident des Israelitischen Gemeindebundes, sagt zu Recht, an was ihn die Aktion erinnert – an den Aufruf in Nazi-Deutschland «Kauft nicht bei Juden!» Es ist hochgradig naiv, wenn Geri Müller – notabene ehemaliger Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats – meint: «Das richtet sich nicht gegen die Juden, sondern gegen die Politik Israels.»

Es ist reine Provokation, und das wissen die Politiker haargenau. Darum machen sie es auch. Es sind dieselben Kreise, die in anderen Fällen gerne darauf hinweisen, dass Gespräche mehr als Boykotte bringen. Benennen wir, was diese Aktion unter peinlicher Mithilfe gestandener Nationalräte ist: Hetze. Hetze gegen Israel. Hetze gegen Juden.

Man kann der Politik Israels gegenüber kritisch eingestellt sein, ohne sich billiger Propaganda zu bedienen. Es ist richtig und wichtig, die himmeltraurigen Lebensumstände vieler Menschen in Palästina anzuprangern. Aber bitte nicht so. Denn kehren wir die Botschaft doch mal um: Wählt nicht diese Politiker! Das sind ihre Namen: André Daguet, Geri Müller, Daniel Vischer, Therese Frösch, Andrea Hämmerle und Joseph Zysiadis.

sandro.brotz@sonntagonline.ch

Heute hätte selbst Kurt Felix Mühe



VON KURT-EMIL MERKI

Die Nachricht: Kurt Felix hat für sein Lebenswerk die höchste TV-Auszeichnung bekommen, die in der Deutschschweiz vergeben wird.

Der Kommentar: Dass der erfolgreichste TV-Macher der Schweiz am Freitag den Schweizer Fernsehpreis für sein Lebenswerk bekommen hat, ist eher eine Peinlichkeit als ein erfreuliches Ereignis: Die Verleihung macht nämlich ein unverständliches Versäumnis deutlich – Felix hätte diese Auszeichnung schon längst erhalten müssen!

Dass es jetzt geklappt hat, sollte Anlass sein, über das nachzudenken, was aus dem Fernsehgenre geworden ist, das Felix so vortrefflich beherrscht hat: die Unterhaltung. Beim Schweizer Fernsehen steht sie wieder einmal am berühmten Scheideweg. Denn am Leutchenbach ist Hektik ausgebrochen, seit bekannt geworden ist, dass die Gesamtschaltquote vor allem wegen der schwächelnden Zahlen der Info-Sendungen signifikant gesunken ist. Um den Marktanteil wieder deutlich über 30 Prozent zu bringen, gäbe es ein wohlfeiles Rezept: Die Unterhaltung total auf den Massengeschmack auszurichten. Also den Casting- und Ratingschows die Tür vollends zu öffnen und den Samstag zum ständigen «Happy day» zu machen.

Bevor es zu übereilten Entscheiden kommt, sollten sich SRF-Direktor Rudolf Matter und sein Unterhaltungschef Christoph Gebel darauf besinnen, dass sie ihre Ämter mit dem Versprechen angetreten haben, Relevanz auch in der Unterhaltung zum Zug kommen zu lassen.

Die Fernsehmacher, aber auch wir Kritiker, müssen uns wohl daran gewöhnen, dass Sendungen im 20-Prozent-Bereich künftig eher die Regel als die Ausnahme sein werden. Auf die Zahlen, die Kurt Felix zu seinen besten Zeiten erreichte, würde in der heutigen, so andern Medienwelt selbst ein Kurt Felix nicht mehr kommen.

kurt-emil.merki@sonntagonline.ch



Silvan Wegmann zur Woche: Die Schweiz – Geldwaschmaschine für die Mafia.

GASTBEITRAG VON ERIC NUSSBAUMER*

Der Atomausstieg ist eine ethische Frage

Die Nachricht: In Deutschland wird der von der Regierung beschlossene Atomausstieg von einer Ethik-Kommission begleitet. Die Schweiz debattiert im Gegensatz dazu nur das technische Szenario der zukünftigen Stromversorgung.

Der Kommentar: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel fackelte nicht lange und setzte zu Beginn der Atomdebatte eine Ethik-Kommission ein. Nichts von technischen Arbeitsgruppen, welche Szenarien durchrechnen und schliesslich die Meinung von Energiekonzernen zur Expertenmeinung emporheben.

Der Atomausstieg ist in Deutschland eine ethische Frage, bei uns hingegen wird um Zahlen gefeilscht – und alle Zahlen werden sofort auch infrage gestellt. Der Bundesrat hat seinen Ausstiegsbeschluss nicht mit einer ethischen Bestandaufnahme begründet, vielmehr sind Tabellen und Grafiken mit Terawatt- und Gigawattstunden unsere energiepolitische Lektüre geworden. Wir stehen in der Gefahr, in einer technokratischen Beweisführungs-Sackgasse anzukommen, weil alle Annahmen immer Annahmen bleiben. Szenarien werden aufdatiert, Preisannahmen getroffen und Möglichkeiten aufgezeigt. Aber diese Zahlen verdecken schliesslich den Zugang zur Grundsatzfrage beim Atomausstieg.

Bei der Atomkraft geht es um die gesellschaftliche Bewertung des Risikos, das wir akzeptieren wollen. Das will bei uns vor lauter Terawattstunden nicht so richtig in den Kopf. In der Schweiz haben Axpo, BKW usw. immer gesagt, diese Risikobewertung geschehe erst in einer Volksabstimmung oder sie sei an das Ensidelegiert worden. Geschickt wurde in den letzten Jahren die gesellschaftspolitische Diskussion mit dem Begriff der Stromlücke auf die Terawatt- und Gigawattstunden gelenkt. Auch die Aussage, das Ensi «gewährleiste» in unserem Land die Sicherheit der Atomkraftwerke, würgt die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Grundsatzfrage zum Ausstieg ab.

Da in Deutschland der Richtungsentscheid, keine neuen AKW mehr zu bauen, bereits vor Jahren gefällt wurde, empfiehlt die Kommission aus ethischen Gründen, die Atomkraftwerke nur so lange laufen zu lassen, bis ihre Leistung durch

eine risikoärmere Energieversorgung ersetzt werden kann. In Deutschland wurden 8,5 Gigawatt als entbehrliche Leistung taxiert – also weg vom Netz. «Dem Kern des Kernenergiekonflikts liegen unvereinbare Auffassungen darüber zugrunde, wie mit der grundsätzlichen Möglichkeit eines Grossschadensfalls – unter Einschluss gegenwärtiger und künftiger Schäden aus radioaktiven Abfällen – umzugehen ist», schreibt die Ethik-Kommission. Eine kategorisch ablehnende und eine relativierend abwägende Position stehen sich hier seit eh und je gegenüber.

Beide Positionen wurden in der Ethik-Kommission prononciert vertreten. Kann man da eine einhellige Meinung finden? Die Brücke der Verständigung wurde zwischen Gegnern und Befürwortern der Kernenergie wie folgt formuliert: «In praktischer Hinsicht gelangen beide Grundpositionen im Hinblick auf die Kernenergie zu dem gleichen Schluss, die Nutzung der Atomkraftwerke so zügig zu beenden, wie ihre Leistung durch risikoärmere Energien nach Massgabe der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Verträglichkeit ersetzt werden kann.»

Die Energiepolitik ist nicht alternativlos, das zeigen auch die technischen Szenarien der Schweiz zum Atomausstieg. Wenn etwas nicht alternativlos ist, dann muss eine ethisch verankerte Risikoabwägung zum Schluss kommen, dass eine Gesellschaft den risikoärmeren Weg suchen und gehen muss. Bundesrat und eine Mehrheit des Nationalrates haben erkannt, dass Alternativen machbar sind.

Die Umsetzung ist kein Sonntagsspaziergang. Wenn es in den nächsten Jahren an die Umsetzung geht, ist die ganze Gesellschaft gefordert. Und wir werden nicht verschont – auch Zielkonflikte werden zu lösen sein. Aber entscheidend ist, dass wir immer versuchen, zügig den risikoärmeren Weg zu gehen – so viel ethische Orientierung muss bleiben.



* Eric Nussbaumer (50) ist SP-Nationalrat (Baselland). Er gehört unter anderem der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) an und sitzt im Beirat der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES).

TWEETS DER WOCHE

«Kauf ich Fetakäse, fühl ich mich solidarisch.» Jan Derrer (@JanDerrer), Journalist beim Newsnetz, fühlt mit den Griechen. 24. Juni, 10.15 Uhr.

«Als Bedingung für den Milliardenkredit sollte Griechenland gezwungen werden, Nana Mouskouri, Costa Cordalis & Vicky Leandros zurückzunehmen.» Der Berliner Blogger @schlenzalot stellt härtere Bedingungen als die Kanzlerin. 21. Juni, 11.42 Uhr.

«Seit neustem esse ich den Hotdog mit Ketchup.» Von SF-Moderator Nik Hartmann (@Nikhartmann) stammt der vielleicht banalste Tweet der Woche. 24. Juni, 12.29 Uhr.

«Heute einschalten: Ich diskutiere mit Caspar Baader (SVP), Alex Baur (Weltwoche) und Walter Schmid (Skos).» SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr (@jacquelinefehr) wirbt auf Twitter für die «Arena» auf SF1 – und für sich selbst. 24. Juni, 10.45 Uhr.

«@ThBenkoe überlegt gerade, warum er namen wie «shaqiri» oder «mehmedi» als (schweizerischer) empfand als (klose)?» Journalist Thomas Benkö macht sich beim U21-Halbfinal Gedanken über den Schweiz-Gehalt von Spielernamen. 22. Juni, 21.40 Uhr.

«Liebe Schweizer(innen), So wie Lukas Reimann und Toni Brunner, junge SVP-Hengste, bin jetzt auch ich, älteres Akademiker-Pferd bei Twitter.» Der erste und bisher einzige Tweet von SVP-Nationalrat Christof Mörgele (@ChMorgeli) . Er stammt vom 14. März, 16.32 Uhr.